

14.00

Abgeordneter Mag. Christian Drobis (SPÖ): Herr Präsident! Frau Minister! Hohes Haus! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Nun, die Diagnose Krebs ist eine Diagnose, mit der viele Personen in Österreich konfrontiert sind. 400 000 Menschen leben mit der Krebsdiagnose, jährlich kommen 40 000 dazu. Die WHO sagt, dass innerhalb der nächsten 20 Jahre – bis 2040 – eine Verdoppelung der Krebsdiagnosen und Krebsraten erfolgen wird.

Im Bericht wird zum Themenschwerpunkt krebserzeugende Arbeitsstoffe von einer geschätzten Zahl von 1 800 Todesopfern im Zeitraum 2017/2018 aufgrund des arbeitsbedingten Umgangs mit krebserzeugenden Stoffen ausgegangen. Jede oder jeder einzelne Tote ist eine oder einer zu viel. Deshalb ist es ganz wichtig, zu erwähnen, dass es nicht nur um Beratung geht, dass es nicht nur darum geht, zu beraten, sondern auch darum, Sanktionen zu setzen, wenn keine Maßnahmen vorliegen, die den Umgang mit diesen krebserzeugenden Arbeitsstoffen entsprechend regeln.

Frau Minister, in der Ausschusssitzung wurde meinerseits auch klargelegt, dass die bestehenden Grenzwerte nicht ausreichen. Wir haben Grenzwerte, die weit über jenen in Deutschland liegen. Bei uns gelten die TRK-Grenzwerte, nicht die risikobasierten Grenzwerte – es ist Zeit, diese Grenzwerte im Namen der vielen Todesopfer einzuführen. Es ist auch Zeit, Frau Minister, endlich die EU-Richtlinie mit der Liste der einzelnen Arbeitsplatzfeststellungen umzusetzen, die wir bereits bis 17.1.2020 hätten einführen sollen. Es ist Zeit, klar zu sagen, dass Gesundheit vor Profit steht. Ich fordere Sie auch auf, klarzulegen, dass die AUVA zukünftig für diese arbeitsbedingten Krebserkrankungen zuständig bleibt und sich ihr Tätigkeitsbereich um diese erweitert. Ich denke auch, dass es wichtig sein wird, die AUVA als Partner für genau diese Tätigkeit finanziell zu erhalten.

In diesem Sinne: Dieser vorliegende Bericht wurde sehr gut gemacht, dafür bedanke ich mich beim Arbeitsinspektorat. Ich freue mich schon auf den nächsten Bericht, in dem es darum gehen wird, ob die Einführung des 12-Stunden-Arbeitstages dazu führt, dass auch Maßnahmen notwendig sein werden, denn der Bericht zeigt klar: Eine erhöhte Stundenanzahl wird eine erhöhte Auswirkung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Dieser Bericht wird notwendig sein. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Ribo.*)

14.03

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Abgeordneter Ralph Schallmeiner. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

